

## **Bekanntmachung Nr. 012/2008 vom 30.01.2008**

**Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus Anlass des „Ostermarktes“ am 16.03.2008, des „Frühlingsfestes“ am 27.04.2008, des „Oktoberfestes“ am 12.10.2008 sowie des „Weihnachtsmarktes“ am 14.12.2008 des Gewerbeverbandes Baesweiler und des Straßenfestes am 08.06.2008 des Gewerbevereines Setterich**

Aufgrund des § 6 Abs. 4 in Verbindung mit § 6 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten vom 16. November 2006 (GV NW S. 516) und den §§ 25 ff. des Gesetzes über den Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehörden-gesetz (OBG) - vom 13. Mai 1980 (GV NW S. 528 / SGV NW 2060) in der zurzeit gültigen Fassung wird von der Stadt Baesweiler als örtliche Ordnungsbehörde aufgrund des Beschlusses des Stadtrates vom 29.01.2008 für das Gebiet der Stadt Baesweiler (Stadtteile Baesweiler und Setterich) folgende Ordnungsbehördliche Verordnung erlassen:

### **§ 1**

Aus Anlass des „Ostermarktes“, des „Weihnachtsmarktes“ sowie der Straßenfeste des Gewerbeverbandes Baesweiler dürfen Verkaufsstellen im Stadtteil Baesweiler am Sonntag, dem 16.03.2008, am Sonntag, dem 27.04.2008, am Sonntag, dem 12.10.2008, sowie am Sonntag, dem 14.12.2008, jeweils von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet sein.

Aus Anlass des Straßenfestes des Gewerbevereines Setterich dürfen Verkaufsstellen im Stadtteil Setterich am Sonntag, dem 08.06.2008, von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet sein.

### **§ 2**

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig im Rahmen des § 1 Verkaufsstellen außerhalb der dort zugelassenen Geschäftszeiten offen hält.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 13 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten mit einer Geldbuße bis zu 500,00 € geahndet werden.

### **§ 3**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

**Bekanntmachungsanordnung:**

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Ordnungsbehördlichen Verordnung mit Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Ordnungsbehördliche Verordnung nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden ist,
- c) der Bürgermeister den Ratsbeschluss vorher beanstandet hat oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden sind, die den Mangel ergeben.

Stadt Baesweiler als örtliche Ordnungsbehörde

Die vorstehende Ordnungsbehördliche Verordnung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

52499 Baesweiler, den 30.01.2008

Der Bürgermeister

*Dr. Linkens*